TDP

Transformationen des Populären.
Working Paper Series des SFB 1472

04.11.2026

Working Paper 24

Politische Popularität: Die *Political Polls Database* (PolPoll)

Sven Hillen
Philip Manow

Zitierweise:

Hillen, Sven und Philip Manow (2026): „Politische Popularität: Die *Political Polls Database* (PolPoll)“. *Working Paper SFB 1472*, no. 24. DOI: https://doi.org/10.25819/ubsi/11133.

Abstract

Politische Zustimmungswerte, insbesondere Wahlabsichtsumfragen, sind zu einem zentralen Indikator der öffentlichen Selbstbeobachtung demokratischer Politik geworden. Im SFB 1472 „Transformationen des Populären" untersucht Teilprojekt C07, wie politische Popularität gemessen und öffentlich beobachtet wird und dadurch möglicherweise auf sich selbst zurückwirkt. Die empirische Analyse solcher Dynamiken erfordert eine möglichst umfassende, langfristige Datenbasis politischer Zustimmungswerte. Das Arbeitspapier stellt mit der *Political Polls Database* (PolPoll) einen umfassenden Datensatz zu Wahlabsichtsumfragen in europäischen Demokratien vor. PolPoll umfasst derzeit 321.675 Beobachtungen aus 46.963 Umfragen zu 633 Parteien bzw. Parteienallianzen in 28 europäischen Ländern und reicht für einige dieser Länder bis Mitte des 20. Jahrhunderts zurück. Wir erläutern Konzeption, Quellen und Struktur von PolPoll und diskutieren sein analytisches Potenzial anhand ausgewählter Fragestellungen. Anschließend zeigen wir anhand der vielfach dokumentierten „Kosten des Regierens" exemplarisch, wie PolPoll für Forschungsfragen der Vergleichenden Politikwissenschaft genutzt werden kann. Die Reproduktion zentraler Befunde der Literatur dient der Plausibilitätsprüfung und ersten Validierung. PolPoll bietet eine empirische Grundlage zur Analyse langfristiger, länderübergreifender Dynamiken politischer Zustimmung und ihrer Bedeutung für die Transformationen des Populären.

Schlagwörter: Datensatz, politische Parteien, Wahlabsichtsumfragen, Vergleichende Politikwissenschaft, Kosten des Regierens

Political approval ratings, particularly voting intention polls, have become a central indicator of the public self-observation of democratic politics. Within the Collaborative Research Centre 1472 "Transformations of the Popular", project C07 studies how political popularity is measured and publicly observed and how this may feed back on itself. Empirical analysis of such dynamics requires a comprehensive, long-term database of political support measures. This paper introduces the *Political Polls Database* (PolPoll), a comprehensive dataset of voting intention polls in European democracies. PolPoll currently comprises 321,675 observations from 46,963 polls covering 633 parties and party alliances in 28 European countries; some series begin in the mid-twentieth century. We describe PolPoll's conceptualization, sources, and structure and discuss its analytical potential using selected research questions. We then demonstrate, using an application to the well-documented "cost of ruling", how PolPoll can address questions in comparative politics. Reproducing key findings from the literature serves as a plausibility check and initial validation. PolPoll provides an empirical basis for analyzing long-term, cross-national dynamics of political support and their significance for the transformations of the popular.

Keywords: dataset, political parties, voting intention polls, comparative politics, cost of ruling

Redaktion: Jörgen Schäfer
Satz: Moritz Ahrens

1. Einleitung

Politische Umfragen werden von vielen beachtet (Döring et al. 2021; Werber und Döring 2024): „Polls reporting voters' intended votes receive widespread media attention …" (van der Meer et al. 2023: 463) – sie stoßen auf hohe mediale Aufmerksamkeit und diese ist sowohl Reflex eines großen Publikumsinteresses wie sie dieses auch weiter anregt. Die Messung politischer Popularität ist also populär geworden. Sie ist es in einem Maße, dass die ursprünglich weder angestrebte noch für sonderlich sinnvoll erachtete Erhebung aktueller politischer Zustimmungswerte (Lepore 2015) – insbesondere in Form der berühmten Sonntagsfrage: ‚Wie würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahlen wären?' – zum Hauptberichtspunkt politischer Umfragen geworden ist und im Zentrum eines öffentlichen Interesses steht, das das Umfragen-Auf-und-Ab der Parteien als Indikator für politischen Erfolg beziehungsweise Misserfolg nimmt.

Am Anfang der Frage nach der Wahlabsicht stand die Vorstellung, mit ihr ließen sich Wahlen vorhersagen. Aber selbst George Gallup, einer der Pioniere der modernen Umfrageforschung, hatte keinen besonderen gesellschaftlichen Wert in Wahlprognosen erkennen können: „While such forecasts provide an interesting and legitimate activity, they probably serve no great social purpose" (zitiert nach Lepore 2015).[1] Und es fällt bis heute schwer, einen solchen zu identifizieren.[2] Was genau ist der gesellschaftliche Mehrwert, wenn man *kurz* vor einer Wahl ungefähr weiß, wie sie wenig später ausgehen wird (oder *lange* vor einer Wahl den Wahlausgang auch mithilfe von Umfragedaten nicht abschätzen kann)?

Historisch hatte sich ein Interesse an der Wahlprognose zunächst nur als Validitätstest und Marketinginstrument ausgebildet. Die Kunden von Umfrageinstituten und die Institute selbst nahmen Prognosegüte als Test für die Seriosität des methodischen Vorgehens und als Ausweis der Belastbarkeit der gewonnenen Ergebnisse. Zu Beginn stand also ein *instrumentelles*, aber gerade kein *inhaltliches* Interesse an dieser Art politischer Zustimmungsmessung. Und zumindest auf Anbieterseite war man sich bewusst, als wie riskant sich diese Strategie erweisen könnte, ließ man sich doch damit auf Unwägbarkeiten ein, die über die Frage angemessener Erhebungsmethoden weit hinausgingen (vgl. etwa Igo 2006: 109) – nicht zuletzt, weil Umfragen selbst einen Effekt auf den Ausgang von Wahlen haben können, weil Fragen der Wahlbeteiligung die Zusammenhänge komplizieren oder weil ein Wahlausgang immer auch von mitunter komplexen Wahlregeleffekten mitbestimmt ist. Wenn beispielsweise im US-amerikanischen Wahlsystem wenige tausend Stimmen darüber entscheiden können, ob ein Bundesstaat und damit die betreffenden Stimmen im Electoral College entweder komplett an die Demokraten oder komplett an die Republikaner fallen, dann sagt der Umstand, ob eine Präsidentschaft ‚richtig' oder ‚falsch' vorhergesagt wurde, nur in einem recht eingeschränkten Sinne etwas über die Qualität der Erhebungen aus (AAPOR 2017). Aber schließlich setzte sich die Suggestivkraft der Zahlen und des Versprechens, in die Zukunft blicken zu können – durchaus selbst Teil des Marketings der Anbieter, die um die komplexen Zusammenhänge wussten – wie auch die Fixierung öffentlicher Aufmerksamkeit auf ein Rennen zwischen politischen Konkurrenten, über Einwände dieser Art hinweg.

1 Der legendäre Durchbruch der modernen Umfrageforschung ist aber engstens mit Gallups berühmter Vorhersage des Ausgangs der US-Präsidentschaftswahl von 1936 verbunden (Igo 2006, 2007; Keller 2001).

2 Etwa in Bezug auf die US-amerikanische Präsidentschaftswahl von 2016: „As the 2016 election proved, that [forecasting; PM/SH] can be a fraught exercise, and the net benefit to the country is unclear" (AAPOR 2017: 4).

Heute scheint sich das Interesse am Verlauf politischer Zustimmungswerte völlig verselbständigt zu haben. Der zumindest in der seriöseren Berichterstattung routinehafte Hinweis, Wahlumfragen seien keine Wahlprognosen, der – so Forderungen aus der Politikwissenschaft – in der Berichterstattung generell verpflichtend sein sollte, spricht angesichts eines von Kurvenverläufen faszinierten politischen Publikums und auch hinsichtlich der Orientierung der politischen Akteure selbst an diesem zentralen Messwert des Politischen ins Leere. Von weitergehenden Forderungen, etwa die mit Umfragewerten verbundenen Schwankungsbreiten nicht lediglich zu benennen, sondern ihre Bedeutung durch eine entsprechende grafische Darstellung auch anschaulich zu machen (Krause und Gahn 2023), ganz zu schweigen. Die öffentliche Darstellung politischer Umfragewerte folgt stattdessen einer eigenen Logik, in der die Höhe und Bewegung der Balken und Kurven und damit das politische ‚horse race' gegenüber der statistischen Unsicherheit der Messwerte in den Vordergrund rückt. Gerade eine solche Eigenmacht der Ergebnispräsentation und ihrer öffentlichen Rezeption scheint aber die Umfrage zu einem geeigneten Forschungsgegenstand zu machen, wenn man der Transformation von Popularität in Gegenwartsgesellschaften nachgehen möchte (Döring et al. 2021). An den politischen Zustimmungswerten lässt sich studieren, wie, warum und mit welchen Konsequenzen ein ursprüngliches Nebenprodukt der Umfrageforschung zu *dem* zentralen Selbstbeobachtungsindikator demokratischer Politik werden konnte. Die per Umfrage ermittelte Antwort auf die Sonntagsfrage steht damit wohl auch exemplarisch für die Quantifizierung des Sozialen und zugleich für die damit provozierten Rückwirkungseffekte derartiger Indikatoren (Fourcade 2022; Mau 2017), wenn gemessene Zustimmung Einfluss auf weitere Zustimmung nimmt (die bekannten Bandwagon-Effekte [Schmitt-Beck 2015]).

Auf viele der Fragen, die sich im Kontext des Forschungsinteresses an der Transformation von (politischer) Popularität ergeben, können die Daten der Umfrageforschung selbst Antwort geben – etwa ob diese Rückkoppelungsschleifen insgesamt die Zustimmung zu Parteien haben volatiler werden lassen oder ob sich die Regierungs-Oppositions-Mechanismen repräsentativer Demokratien dadurch nun intensiver ausbilden. Antworten auf solche Fragen können auf der Grundlage einer umfangreichen Datenbasis gegeben werden. Und die lässt sich erstellen, indem man die teils schon weit zurückreichenden Umfragedaten für eine möglichst hohe Zahl demokratischer Länder zusammenführt. Eine solche Datenbasis zu erstellen ist eines der zentralen Vorhaben des Teilprojekts C07 des SFB 1472 ‚Transformationen des Populären', das sich der ‚situativen Popularität zwischen Volk und Forsa' widmet. In diesem Beitrag wollen wir den im Projektkontext entstandenen Datensatz *Political Polls Database* (PolPoll) vorstellen und beispielhaft zeigen, welche Fragen sich mit ihm beantworten lassen.

Wir beschreiben dafür zunächst zentrale Vorarbeiten, auf denen unsere Datensammlung aufbaut, sowie Projekte mit ähnlichem Fokus (Abschnitt 2.1). In diesem Zusammenhang sprechen wir auch die Qualität der Umfragedaten an. Anschließend stellen wir Konzeption, Umfang und Struktur unseres eigenen Datensatzes vor und illustrieren sein analytisches Potenzial anhand einiger beispielhafter Fragestellungen (Abschnitt 2.2). Ein

weiterer Abschnitt behandelt anhand der „cost of ruling"-Literatur einen Anwendungsfall etwas systematischer (Abschnitt 2.3). Ein kurzer Ausblick schließt das Arbeitspapier ab.

2. Datenbeschreibung

Die *Political Polls Database* (PolPoll) soll uns ermöglichen, einige der oben angedeuteten Fragen zur Dynamik politischer Popularität systematisch empirisch zu adressieren. In diesem Forschungskontext sind Umfragen nicht lediglich Momentaufnahmen (*snapshots*) einer gegebenen politischen Situation oder Konstellation in einem Land zu einem Zeitpunkt, sondern sollen zusammengeführt eine Dateninfrastruktur für (kombinierte) Längsschnitt- und Querschnittsvergleiche bilden. Dazu bedarf es einer möglichst umfassenden, harmonisierten und transparent dokumentierten Sammlung von Parteiumfragen über Zeit und Raum hinweg. PolPoll sammelt die Umfragewerte politischer Parteien in Vorwahlumfragen aus 28 europäischen Ländern – soweit die Daten zugänglich sind, über den gesamten Zeitraum ihrer Erhebung (der in einigen Ländern schon in den 1940er Jahren beginnt).

2.1 Vorarbeiten und verwandte Projekte

Nationale Umfragedaten sind bereits in anderen Forschungszusammenhängen zusammengeführt worden. Maßgebliche Vorarbeiten haben zunächst Will Jennings und Christopher Wlezien geleistet. Im Kontext ihres Interesses am Zusammenhang zwischen Umfragen und tatsächlichen Wahlergebnissen haben sie Daten aus rund 31.000 Wahlabsichtsumfragen aus 45 Ländern zusammengetragen (vgl. Jennings und Wlezien 2016, 2018). Ihr Datensatz deckt den Zeitraum bis 2017 ab. Insbesondere ging es den beiden Autoren um Fragen wie: Wie gut sagen Umfragen Wahlergebnisse vorher? Wie verändert sich die Prognosekraft im Verlauf eines Wahlzyklus? Und welche Unterschiede bestehen in dieser Hinsicht zwischen parlamentarischen und präsidentiellen Demokratien sowie zwischen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen?

Solche Fragen sind auch für unser Projekt relevant. Insbesondere die Umfragegenauigkeit untersuchen Jennings und Wlezien in ihrem Beitrag von 2018. Entgegen einer verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung – befördert etwa durch prominente Fehleinschätzungen im Kontext der US-Präsidentschaftswahl 2016 oder der britischen Unterhauswahl 2015 (vgl. Prosser und Mellon 2018: 766) – kommen sie zu dem Befund, dass sich die Genauigkeit von Vorwahlumfragen über die Zeit hinweg nicht substanziell verschlechtert, sondern eher leicht verbessert hat.

Dieser Befund ist insofern bemerkenswert, als es durchaus Gründe gäbe, einen Anstieg von fehlgehenden Prognosen zu erwarten, etwa die zunehmende Verbreitung kostengünstiger, methodisch heterogener Erhebungsmodi, die sinkenden Teilnahmequoten bei klassischen Face-to-Face- oder Telefonumfragen sowie die Politisierung von Umfragen (Tyler et al. 2026). Zugleich ist jedoch auch die Zahl der durchgeführten Umfragen gestiegen – häufig mit größeren Stichproben und verbesserten Gewichtungsverfah-

ren. Insbesondere im Bereich der Online-Umfragen wurden immer ausgefeiltere Methoden zur Stichprobenziehung und -gewichtung entwickelt; auch nicht-probabilistische Stichproben sind theoretisch besser fundiert worden (Jennings und Wlezien 2018: 278). Zudem ist eine sinkende Teilnahmequote nicht automatisch mit einem entsprechenden Anstieg von Non-Response-*Bias* gleichzusetzen (Prosser und Mellon 2018: 762). Insgesamt scheint deshalb aus den Umfragen ein durchaus belastbares Bild elektoraler Präferenzen entstehen zu können – insbesondere, wenn wie bei Jennings und Wlezien Umfragen verschiedener Institute kombiniert werden und sich so Fehler gegenseitig aufheben können (siehe aber: van der Meer et al. 2023).

Darüber hinaus hängt die Prognosegüte nicht allein von methodischen Fragen ab, sondern auch vom Wählerverhalten selbst. Die Erosion etablierter sozialstruktureller Cleavages – etwa der Rückgang traditioneller klassenbasierter Wahlmuster (Goldberg 2020) – erhöht die Volatilität und erschwert stabile Vorhersagen. Wenn sich Parteibindungen lockern und kurzfristige Faktoren an Bedeutung gewinnen, kann dies selbst in zeitlich nah an der Wahl liegenden Vorwahlumfragen die Prognosekraft reduzieren (Jennings und Wlezien 2018: 279). Wie und mit welchen Folgen sich eine zunehmende Volatilität der Parteizustimmung in den Umfragedaten selbst niederschlägt, ist eine Frage, die sich insbesondere mit langen und vergleichbaren Zeitreihen adressieren lässt – und die auch für unseren Forschungskontext von Bedeutung ist.

Neben den Arbeiten von Jennings und Wlezien ist für die jüngere Zeit insbesondere auf die Arbeit von Mark A. Kayser, Matthias Orlowski und Jochen Rehmert (2023) hinzuweisen. Im Kontext ihrer Koalitionsforschung greifen sie auf die von Jennings und Wlezien zusammengetragenen Umfragedaten zurück und ergänzen diese in zweifacher Hinsicht: Sie erweitern die Daten für die 21 parlamentarischen Demokratien, die sie in ihrer 2023 veröffentlichten Studie untersuchen, zeitlich bis 2019 und berücksichtigen systematisch auch kleinere Parteien, die bei Jennings und Wlezien nicht oder nicht durchgängig abgedeckt waren. Die entsprechenden Umfragedaten stellen sie online zur Verfügung (Kayser und Rehmert: coalition-leverage.org[3]). Schließlich ist auch das *Executive Approval Project* (Carlin et al. 2023) für uns relevant, auch wenn hier Zustimmungswerte zu Regierungschefs beziehungsweise zur politischen Exekutive und damit eine andere Analyseeinheit im Mittelpunkt stehen.[4]

PolPoll führt die Datenbasis von Jennings und Wlezien sowie von Kayser und Rehmert weiter und aktualisiert und erweitert sie in mehrfacher Hinsicht: durch das Schließen zeitlicher Lücken in bisherigen Datensammlungen, durch eine breitere geografische Abdeckung sowie durch eine verstetigte Berücksichtigung kleiner Parteien. Zugleich sichert PolPoll die Anschlussfähigkeit an zentrale Datensätze der Vergleichenden Politikwissenschaft durch die Integration externer Partei-Identifikatoren. Der folgende Abschnitt beschreibt Konzeption, Datenquellen und Struktur des Datensatzes im Detail.

3 Nach einem im April 2026 veröffentlichten Update umfasst die Datensammlung von Kayser und Rehmert inzwischen 24 Länder und reicht bis 2025. Die vorliegende Version von PolPoll basiert hingegen auf der zuvor verfügbaren Fassung der Daten und wurde über diesen Stand hinaus eigenständig anhand weiterer Quellen und eigener Recherchen fortgeschrieben (siehe Abschnitt 2.2).

4 Während das *Executive Approval Project* die Popularität einzelner Amtsinhaber erfasst, konzentriert sich PolPoll, wie auch die Datensätze von Jennings und Wlezien sowie von Kayser und Rehmert, auf parteibezogene Wahlabsichten. Zwar lassen sich mit beiden Datentypen teilweise ähnliche Fragestellungen untersuchen, etwa im Bereich des *economic voting* (Hellwig und Singer 2023; Williams et al. 2017) oder im Hinblick auf die *cost of ruling* (Martínez-Gallardo et al. 2025; Müller und Louwerse 2020), also die Frage, wie sehr Regierungsparteien von Wählern ‚abgestraft' werden. Gleichwohl sind damit unterschiedliche theoretische Schwerpunktsetzungen und methodische Herausforderungen verbunden. Zustimmungswerte zur Exekutive beziehen sich auf personalisierte Verantwortungszuschreibungen und sind stark durch Amtsinhaberzentrierung geprägt, während Parteiumfragen stärker in parteiensystemische und koalitionäre Dynamiken eingebettet sind. Entsprechend unterscheiden sich auch die Annahmen über Verantwortlichkeit, strategische Alternativen und die Übersetzung von Popularität in institutionelle Macht (Carlin et al. 2023).

2.2 Der PolPoll-Datensatz

2.2.1 Konzeption und Mehrwert

Ziel ist es, mit PolPoll einen aktualisierten Parteiumfragedatensatz von großer zeitlicher und räumlicher Reichweite zu erstellen, der auch kleinere Parteien einschließt und mit wichtigen anderen Datenquellen zu Parteien und Wahlen verbunden werden kann.

Im Unterschied zu Jennings und Wlezien, die Parteien in der Regel nur dann berücksichtigen, wenn sie nach der folgenden Wahl parlamentarisch vertreten sind, folgt PolPoll dem Prinzip einer möglichst inklusiven Erfassung. In Deutschland führt die Selektionsregel von Jennings und Wlezien beispielsweise dazu, dass die FDP nach der Bundestagswahl 2009 oder die Linke nach der Bundestagswahl 2002 nicht erfasst wurden, da sie den Einzug ins Parlament verpassten, während die AfD erst 2017 in den Datensatz gelangt. PolPoll erfasst dagegen auch Parteien, die (noch) keinen Parlamentseinzug erreicht haben, aber in Umfragen erscheinen.[5] Diese Informationen sind etwa für Analysen von Koalitionserwartungen und strategischen Wahlentscheidungen von Wählerinnen und Wählern relevant (Hoffmann und Klein 2013; Krause und Gahn 2026). Ebenso profitieren Arbeiten zur Fragmentierung von Parteiensystemen oder zur Volatilität des Wählerzuspruchs von einer möglichst vollständigen Abbildung des parteipolitischen Wettbewerbs (vgl. Gerling und Kellermann 2022; van der Meer et al. 2023).

Zudem bietet PolPoll mit derzeit 28 Ländern eine breitere Abdeckung europäischer Länder als bisherige Datensammlungen. Während einzelne Länder in Vorläuferprojekten aus inhaltlichen Gründen nicht berücksichtigt wurden, integriert PolPoll insbesondere mehrere osteuropäische Länder umfassender als bislang verfügbare Datensätze. Damit verbessert sich die Grundlage für systematisch vergleichende Analysen jenseits Westeuropas deutlich.

Ein Defizit früherer Datensätze besteht zudem darin, dass sie die jüngste Phase intensiver Umfrageaktivität nicht abbilden – so enden etwa die Daten von Jennings und Wlezien größtenteils bereits 2013 und vereinzelt 2017. Wie die in Abbildung 1 gezeigte Entwicklung der jährlich in PolPoll erfassten Umfragen im Zeitraum 2010–2025 verdeutlicht, ist die Zahl der durchgeführten Umfragen gerade in den vergangenen Jahren besonders hoch gewesen.[6] Die Fortschreibung und Aktualisierung von Wahlabsichtsumfragen bleibt daher eine wichtige Aufgabe, um die zunehmende Umfrageaktivität für die empirische Forschung nutzbar zu machen. Mit dem aktuellen Update von Kayser und Rehmert sowie PolPoll stehen hierfür nun Datensammlungen zur Verfügung, die die jüngere Entwicklung bis in die Gegenwart abbilden. PolPoll wird dabei durch regelmäßige Updates kontinuierlich fortgeschrieben.

5 Da keine a priori gesetzten Restriktionen hinsichtlich der zu erfassenden Parteien bestehen, schlagen Unterschiede in der Abdeckung durch einzelne Umfrageinstitute direkt auf den Datensatz durch. Wird eine kleine Partei von einem Institut erhoben, von einem anderen jedoch nicht, resultiert für letztere Umfrage ein fehlender Wert. Eine Aggregation über Zeitintervalle (z. B. monatliche Mittelwerte) kann helfen, analytisch robustere Kennzahlen zu erhalten.

6 Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass insbesondere frühere Umfragen – etwa nur in Printmedien veröffentlichte – nicht erfasst wurden. Auch wenn dies vermutlich vor allem die Zeit vor 2010 betrifft, sollten Aussagen zur historischen Entwicklung der Umfrageaktivität mit entsprechender Vorsicht interpretiert werden. Nichtsdestotrotz scheint es unstrittig zu sein, dass die Umfrageaktivität im Laufe der vergangenen Jahrzehnte angestiegen ist; ein Trend, der sich auch in anderen Weltregionen beobachten lässt (siehe z. B. Mongrain et al. 2021: 293 zu Kanada und Jackson 2018 zu den USA).

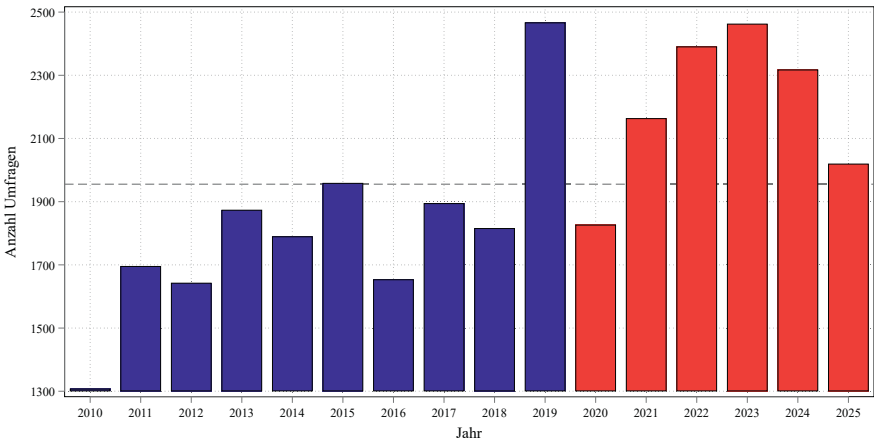


Abbildung 1: Anzahl der durchgeführten Umfragen pro Jahr (2010–2025)

Wenn wir die Entwicklung der Umfragehäufigkeit in Abbildung 1 betrachten, fällt vor allem die sehr hohe Zahl erfasster Umfragen im Jahr 2019 auf. Dieses hohe Niveau dürfte vor allem auf wahlzyklische Effekte zurückzuführen sein: In mehreren Ländern mit besonders hoher Umfrageaktivität fanden in diesem Jahr Parlamentswahlen statt, was die Zahl der durchgeführten Umfragen erhöhte (vgl. Abbildung A.1 im Anhang). Vor diesem Hintergrund erscheint der Rückgang im Jahr 2020 weniger als isolierter Einbruch denn als Gegenbewegung nach einem außergewöhnlich intensiven Umfragejahr. Gleichwohl stellte der Beginn der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 und die damit verbundenen Einschränkungen auch die Umfrageindustrie vor Herausforderungen (Srinivasan 2021) und könnte so zu einer temporären Verringerung der Umfragetätigkeit beigetragen haben. Zwar kann nicht vollständig ausgeschlossen werden, dass auch Unterschiede in der Quellenverfügbarkeit und Länderabdeckung eine Rolle spielen; eine systematische Verzerrung durch Quellenwechsel unseres Datensatzes (s.u.) ist jedoch nicht erkennbar.

Die vergleichsweise niedrige Zahl für 2025 ist teilweise darauf zurückzuführen, dass noch nicht alle Umfragen vollständig erfasst wurden – ein bekannter Effekt von in die Gegenwart fortgeschriebenen Zeitreihen.

2.2.2 Datenquellen und Erweiterungen

Ausgangspunkt unserer Datensammlung bilden die von Kayser und Rehmert zusammengetragenen Parteiumfragedaten in der ursprünglich bereitgestellten Version, die Daten bis 2019 umfasst und ihrerseits, wie erwähnt, auf den von Jennings und Wlezien (2016, 2018) gesammelten Daten aufbaut. Da die Arbeiten an PolPoll auf dieser Version basieren, verwenden wir sie weiterhin als Ausgangspunkt und führen die Aktualisierung und Erweiterung des Datensatzes mit weiteren Quellen eigenständig fort. PolPoll erweitert die Datenbasis in drei zentralen Dimensionen: zeitlich, geografisch und hinsichtlich der Quellenabdeckung.

Zunächst wurde der Datensatz systematisch bis Mai 2026 fortgeschrieben. Hierfür konnten wir insbesondere auf die Datensammlung *Asapop* von Filip van Laenen zurückgreifen (van Laenen 2026), die Umfragedaten für über-

wiegend europäische Länder bereitstellt – meist ab 2017–2019, teilweise jedoch deutlich weiter zurückreichend (z. B. Deutschland ab 2009). Diese Daten wurden geprüft, harmonisiert und in die bestehende Struktur integriert. Die Aktualisierung erfolgt fortlaufend, so dass PolPoll jeweils den zuletzt verfügbaren Stand widerspiegelt.

Darüber hinaus wurde die Länderabdeckung ausgeweitet und die zeitliche Vollständigkeit einzelner Länderzeitreihen verbessert. Unter Rückgriff auf Jennings und Wlezien sowie auf zusätzliche Quellen konnten insbesondere mehrere Länder in Osteuropa (Bulgarien, Kroatien, Lettland, Litauen, Rumänien) neu aufgenommen oder mit längeren Zeitreihen versehen werden. Bestehende Lücken in einzelnen Länderzeitreihen wurden durch ergänzende Quellen geschlossen (vgl. Tabelle A.1 im Anhang). Wo vollständige Jahrgänge (derzeit noch) fehlen, wird dies in Tabelle 1 dokumentiert. Ziel war und ist es, eine möglichst breite zeitliche und räumliche Abdeckung zu gewährleisten.

Tabelle 1: Übersicht der Länderinformationen in PolPoll

Land	ab Jahr	fehlende Jahre	Umfragen	Parteien / Allianzen	Quellen
Belgien	2004	2008–2013	143	20	Asapop
Bulgarien	2006	–	397	34	Jennings/Wlezien, Asapop, eigene Ergänzungen
Dänemark	1960	–	1.863	15	Jennings/Wlezien, Kayser/Rehmert, Asapop, eigene Ergänzungen
Deutschland	1960	–	6.998	9	Jennings/Wlezien, Kayser/Rehmert, Asapop
Estland	2000	–	835	19	Kayser/Rehmert, Asapop, eigene Ergänzungen
Finnland	1994	–	545	8	Kayser/Rehmert, Asapop
Frankreich	2017	2020, 2021	348	19	Asapop
Griechenland	1994	1996–1998	1.838	30	Kayser/Rehmert, Asapop, eigene Ergänzungen
Großbritannien	1943	–	6.668	12	Jennings/Wlezien, Asapop, eigene Ergänzungen
Irland	1974	–	901	14	Kayser/Rehmert, Asapop
Italien	2000	–	5.041	28	Kayser/Rehmert, Asapop
Kroatien	2003	–	582	38	Asapop, eigene Ergänzungen
Lettland	2015	–	195	19	Asapop, eigene Ergänzungen
Litauen	1991	2005, 2006, 2009, 2010	445	32	Asapop, eigene Ergänzungen
Malta	2012	–	221	8	Jennings/Wlezien, Asapop, eigene Ergänzungen
Niederlande	1964	1968	3.017	24	Jennings/Wlezien, Kayser/Rehmert, Asapop
Norwegen	1964	–	2.681	10	Jennings/Wlezien, Kayser/Rehmert, Asapop
Österreich	1995	1996, 1998	1.341	16	Kayser/Rehmert, Asapop
Polen	1991	–	2.562	36	Kayser/Rehmert, Asapop
Portugal	1985	–	1.039	14	Kayser/Rehmert, Asapop
Rumänien	2008	2010, 2011, 2013	292	31	Asapop, eigene Ergänzungen
Slowenien	1996	–	907	36	Kayser/Rehmert, Asapop
Slowakei	1993	–	531	48	Kayser/Rehmert, Asapop, eigene Ergänzungen
Spanien	1980	1983	3.363	24	Kayser/Rehmert, Asapop
Schweden	1970	–	2.350	10	Kayser/Rehmert, Asapop
Schweiz	2002	2004, 2005, 2008	95	8	Asapop
Tschechien	1993	–	885	27	Kayser/Rehmert, Asapop
Ungarn	2000	–	880	20	Kayser/Rehmert, Asapop
Gesamt: 28 Länder	**1011 (Länderjahre)**	**25 (Länderjahre)**	**46.963**	**609**	

Anmerkung: für die Quellen der eigenen Ergänzungen siehe Tabelle A.1 im Anhang.

Die aktuelle Version des Datensatzes umfasst 321.675 Beobachtungen zu insgesamt 633 Parteien bzw. Parteienallianzen aus 46.963 Umfragen in 28 Ländern (vgl. Tabelle 1). Die zeitliche Abdeckung variiert erheblich zwischen den Ländern. Besonders lange Zeitreihen lassen sich beispielsweise für Dänemark und Deutschland (seit 1960) sowie für Großbritannien (seit 1943) abbilden, während Daten für Frankreich oder Lettland erst seit Mitte der 2010er Jahre vorliegen. Die Anzahl der erfassten Umfragen unterscheidet sich entsprechend deutlich zwischen den Ländern. Diese Unterschiede sind jedoch nicht allein auf die Länge der Zeitreihen zurückzuführen. So zeigt etwa der Vergleich von Dänemark und Deutschland, dass auch die unterschiedlichen Frequenzen, mit denen Umfragen erhoben werden, zur Varianz beitragen.

2.2.3 Analytisches Potenzial

PolPoll bietet vielfältige Möglichkeiten zur Analyse langfristiger Dynamiken der Parteienunterstützung. Durch die Zusammenführung historischer Umfragedaten über mehrere Jahrzehnte hinweg lassen sich für viele Länder deren Veränderungen in einer bislang kaum verfügbaren zeitlichen Tiefe untersuchen. Abbildung 2 illustriert dies exemplarisch für Deutschland: Erkennbar sind beispielsweise der langfristige Rückgang der ehemals großen Volksparteien, der rasche Aufstieg der AfD zur mittlerweile sogar stärksten Partei in den Umfragen, der erste Anstieg der Grünen auf über 20 % im Kontext der Reaktorkatastrophe von Fukushima und der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2011 (Gabriel und Kornelius 2011) sowie ein zweiter starker Anstieg unter den Bundesvorsitzenden Baerbock und Habeck im Zuge der erhöhten Salienz des Klimathemas rund um die Europawahl 2019 (Berning und Ziller 2020). Letztlich konnten die Grünen ihre hohen Umfragewerte aber nicht in einen Wahlsieg bei der Bundestagswahl 2021 ummünzen. Stattdessen gewann die SPD mit Olaf Scholz nach einer eindrucksvollen Aufholjagd, die sich in den Umfragewerten nachvollziehen lässt (vgl. Manow 2023: 5). Bereits 2017 hatte die Partei einen ähnlichen Popularitätsschub erlebt, als kurzzeitig der „Schulz-Zug“ rollte, jedoch vor der Wahl entgleiste.

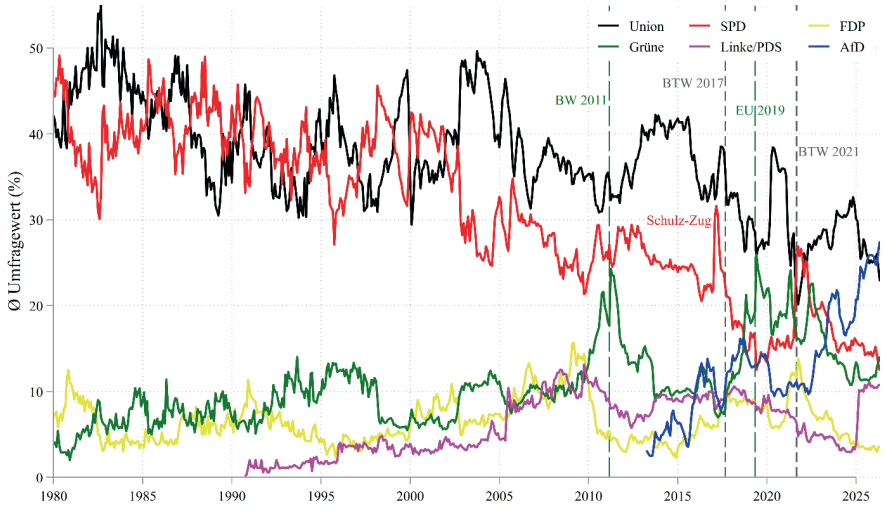


Abbildung 2: Monatlich gemittelte Umfragewerte ausgewählter deutscher Parteien (Januar 1980 – Mai 2026)

Die verfügbaren Zeitreihen eröffnen zahlreiche weiterführende Fragestellungen. So lässt sich etwa untersuchen, ob sich der in der Literatur dokumentierte Anstieg der Volatilität von Wahlergebnissen (Chiaramonte und Emanuele 2017) auch in Umfragedaten widerspiegelt, wie eng Dynamiken in Umfragewerten mit tatsächlichen Wahlergebnissen zusammenhängen (z. B. Krause und Gahn 2026) oder ob Umfrageaktivität sich selbst auf elektorale Volatilität oder Fragmentierung auswirken kann.

Ein besonderer Mehrwert von PolPoll liegt dementsprechend in seiner strukturellen Anschlussfähigkeit an andere Datensätze. Die Umfragedaten lassen sich mit Informationen zu Kabinetten, Regierungsbeteiligungen, Wahlergebnissen, Parteieigenschaften, Wahlregeln oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kombinieren. In unserem Datensatz enthält deswegen jede Beobachtung das tagesgenaue Umfragedatum[7], die Daten der vorangegangenen und der folgenden Parlamentswahl sowie der nächsten Europawahl und vor allem eine landesspezifisch eindeutige Parteikennung, ergänzt – wo verfügbar – um externe Partei-IDs aus ParlGov (Döring und Manow 2024; Manow et al. 2026) und Partyfacts (Döring und Regel 2019).

Die Verknüpfung mit anderen Datenquellen erlaubt es, auch klassische Fragestellungen der Vergleichenden Politikwissenschaft auf substanziell erweiterter Datenbasis erneut zu adressieren. Ein prominentes Beispiel ist die Literatur zum *economic voting*, die untersucht, wie wirtschaftliche Bedingungen die Wahlentscheidungen von Wählerinnen und Wählern und damit das Abschneiden politischer Parteien beeinflussen. Häufig steht dabei die Regierung im Mittelpunkt: Untersucht wird, ob sie für eine gute wirtschaftliche Lage mit Zustimmung belohnt und für eine schlechte abgestraft wird (De Grauwe und Dassonneville 2025). Für Deutschland legen Williams et al. (2017) jedoch eine differenziertere Analyse vor, in der sie die Unterstützung einzelner Parteien getrennt modellieren. Ihre Ergebnisse zeigen, dass Bewertungen der Wirtschaftslage die Parteien in unterschiedlichem Maße betreffen: Besonders stark reagieren die Umfragewerte der SPD und der CDU/CSU, insbesondere wenn sie die Kanzlerin oder den Kanzler stellen; aber auch in der Opposition reagiert die Zustimmung zu beiden Parteien auf Einschätzungen der ökonomischen Situation. Für kleinere Parteien zeigen sich dagegen deutlich schwächere Effekte: Weder für die FDP – trotz ihres wirtschaftspolitischen Profils – noch für die Grünen lassen sich systematische Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichen Bewertungen und Umfrageunterstützung nachweisen.

Vergleichbare Analysen können mit PolPoll über längere Zeiträume und in größerer geografischer Breite durchgeführt werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund neuer parteipolitischer Konstellationen wie dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien (vgl. Giuliani und Massari [2019] für eine vergleichende Analyse von Wahlergebnissen). So endet die Analyse von Williams et al. vor dem Aufstieg der AfD, wodurch offenbleibt, wie solche Parteien in *economic voting*-Dynamiken eingebunden sind – insbesondere angesichts der „puzzling relationship between economic conditions and populist radical right support“ (Sipma und Berning 2021).

Ein weiteres Beispiel liefert die Forschung zur Regierungsstabilität. Walther und Hellström (2019) untersuchen, ob die Stabilität von Regierungen davon abhängt, wie diese in Umfragen abschneiden. Sie zeigen, dass Regie-

7 Sofern möglich verwenden wir das Veröffentlichungsdatum. Anders als Jennings und Wlezien haben wir uns für diese Datierung entschieden, weil so z. B. bei Verknüpfungen mit Individualdaten sichergestellt werden kann, dass der jeweilige Umfragewert zum Zeitpunkt der Befragung bereits veröffentlicht war und den analysierten Personen somit grundsätzlich bekannt gewesen sein konnte. Die zeitliche Zuordnung von Umfrageinformationen ist insbesondere für Analysen möglicher Rückwirkungen auf das Wahlverhalten relevant (vgl. Krause und Gahn 2026). Dies gilt etwa für strategische Wahlentscheidungen unter unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen (vgl. Hillen und Kuhlmann 2026 für strategisches Erststimmenwählen im deutschen Mischwahlsystem).

rungsparteien wahrscheinlicher vorgezogene Neuwahlen ansetzen, wenn ihre Umfragewerte günstig sind, während bei geringer Popularität häufiger Kabinettsumbildungen ohne Neuwahl erfolgen. Veränderungen der öffentlichen Unterstützung können demnach maßgeblich zum vorzeitigen Ende einer Regierung beitragen. Ihre Analyse basiert auf den Daten von Jennings und Wlezien und umfasst 166 Kabinette aus 13 westeuropäischen Ländern. Mit PolPoll ließe sich diese Perspektive erweitern, etwa um die in der ursprünglichen Studie offenbleibende Frage zu beantworten, „whether popularity plays an equally important role in Central and Eastern Europe" (Walther und Hellström 2019: 613).

Der folgende Abschnitt demonstriert den analytischen Mehrwert des Datensatzes anhand einer verwandten Fragestellung, die der Dynamik vorzeitiger Regierungsauflösungen zeitlich vorgelagert ist: den Kosten des Regierens.

2.3 Die Kosten des Regierens: Eine exemplarische Anwendung

Ein zentrales Ergebnis der vergleichenden Wahl- und Regierungsforschung ist, dass Regierungen im Verlauf ihrer Amtszeit an Unterstützung verlieren. Dieser sogenannte *cost of ruling*-Effekt ist gut dokumentiert: Regierungsparteien schneiden in nachfolgenden Wahlen im Durchschnitt schlechter ab als bei ihrem Amtsantritt, und dieser Verlust nimmt typischerweise zu, je länger eine Regierung im Amt ist (Cuzán 2022; Nannestad und Paldam 2002; Stevenson 2002). Die Mechanismen hinter diesem Muster – von enttäuschten Erwartungen und asymmetrischen Reaktionen auf negative Ereignisse unter den Wählern über die sukzessive Ansammlung politischer ‚Verlierer' bis hin zu einer zunehmenden Distanzierung der Regierung vom Medianwähler – sind vielfältig, doch das empirische Grundmuster gilt als robust (Naurin et al. 2019; Paldam und Skott 1995; Wlezien 2017).

Eng damit verbunden ist darüber hinaus ein zyklisches Muster der Regierungsunterstützung: Viele Studien zeigen, dass Regierungsparteien insbesondere zur Mitte der Legislaturperiode deutliche Einbußen verzeichnen, bevor sich ihre Unterstützung gegen Ende der Amtszeit teilweise stabilisieren kann. Diese Befunde entstammen überwiegend Analysen von *mid-term* oder *second-order elections* (z. B. Hix und Marsh 2007, 2011; Reif und Schmitt 1980; Müller 2018; Steiner 2025), wurden aber auch bereits anhand von Umfragedaten sichtbar gemacht (Müller und Louwerse 2020; Walther und Hellström 2019: 597–598). Wahlabsichtsumfragen erlauben es, Schwankungen der Unterstützung von Regierungsparteien wesentlich engmaschiger über den Wahlzyklus hinweg nachzuzeichnen, als dies auf Basis sporadischer Nebenwahlen möglich ist. Hieran knüpfen wir in diesem Abschnitt an und nutzen die in PolPoll zusammengeführten Sonntagsfragen, um die Entwicklung der Regierungsunterstützung über den Verlauf der Legislaturperiode hinweg zu illustrieren.

Dafür verknüpfen wir PolPoll über die enthaltenen Partei-IDs mit einer aktualisierten Version des ParlGov-Datensatzes (Manow et al. 2026). ParlGov stellt detaillierte Informationen zu Wahlen, Parteien und Regierungen bereit und ermöglicht es, die tagesgenau datierten Umfragebeobachtungen aus PolPoll präzise in den jeweiligen politischen Kontext

einzuordnen. Die vollständige Anbindung aller Umfragedaten an ParlGov ist derzeit noch im Aufbau, die folgenden Analysen basieren daher auf dem bereits verknüpften Teil des Datensatzes.[8]

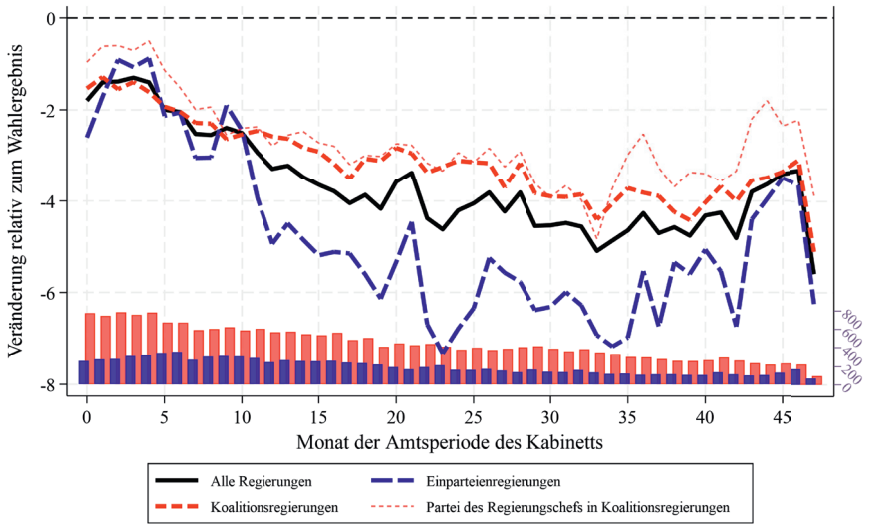


Abbildung 3: Durchschnittliche Veränderung der Zustimmung zu den Regierungsparteien nach Monaten der Amtszeit

Anmerkungen: Die Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien wird für jede Umfrage als Mittelwert der parteispezifischen Veränderungen relativ zur letzten Wahl berechnet. Jede Beobachtung entspricht somit dem durchschnittlichen Verlust/Gewinn der Regierungsparteien eines Kabinetts in einer bestimmten Umfrage. Die Werte sind nach Amtsmonaten aggregiert. Das hinterlegte Balkendiagramm zeigt auf der rechten y-Achse die Anzahl der berücksichtigten Kabinett-Umfrage-Beobachtungen, getrennt nach Koalitionsregierungen (rot) und Einparteienregierungen (blau). Beobachtungen jenseits des 47. Amtsmonats sind aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Abbildung A.2 im Anhang zeigt das vollständige Sample.

Abbildung 3 zeigt, wie sich die durchschnittliche Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien über die Amtszeit hinweg entwickelt (vgl. Walther und Hellström 2019: 598). Für jede Umfrage wird zunächst die Veränderung jeder Regierungspartei gegenüber ihrem letzten Wahlergebnis berechnet und anschließend innerhalb des Kabinetts gemittelt. Jede Beobachtung entspricht somit einem Kabinett in einer bestimmten Umfrage. Die Werte werden nach Amtsmonaten aggregiert, sodass die drei fettgedruckten Linien den Verlauf der durchschnittlichen Veränderungen der Zustimmung zu den Regierungsparteien über die Legislaturperiode hinweg abbilden, getrennt nach Einparteienregierungen, Koalitionsregierungen und allen Regierungen zusammengenommen.

Die Linien zeigen Unterschiede zwischen den Regierungstypen. Einparteienregierungen verlieren im Durchschnitt stärker an Unterstützung und weisen über die Amtszeit hinweg volatilere Werte auf. Nach 20 Amtsmonaten liegen sie im Mittel etwa fünf Prozentpunkte unter ihrem vorherigen Wahlergebnis. Parteien in Koalitionsregierungen verlieren dagegen im Durchschnitt weniger, aber dennoch substanziell – nach 20 Monaten etwa drei Prozentpunkte.[9] Die Partei des Regierungschefs weist dabei insbeson-

8 Derzeit sind 19 überwiegend westeuropäische Länder vollständig an ParlGov angebunden. Schon dieser integrierte Ausschnitt umfasst mehr Umfragen und deckt mehr Kabinette ab als frühere vergleichende Analysen zur Entwicklung der Regierungsunterstützung. Eine Übersicht zur Abdeckung der Umfragedaten nach Ländern und Kabinetten findet sich in Tabelle A.2 im Anhang.

9 Der geringere durchschnittliche Verlust von Parteien in Koalitionsregierungen ergibt sich auch daraus, dass sich die Veränderungen der einzelnen Regierungsparteien innerhalb eines Kabinetts teilweise ausgleichen. Abbildung 3 stellt die durchschnittliche Veränderung der Regierungsparteien dar, nicht den Gesamtverlust einer Koalition. Dieses Vorgehen entspricht dem parteienzentrierten Ansatz großer Teile der einschlägigen Literatur (z. B. Cuzán 2022; Hix und Marsh 2007; Müller und Louwerse 2020; vgl. auch unsere Regressionsanalyse unten). Abbildung A.3 im Anhang zeigt ergänzend eine alternative Darstellung, in der die Verluste der Regierungsparteien addiert werden und somit der durchschnittliche Gesamtverlust von Koalitionsregierungen über die Amtsmonate hinweg sichtbar wird.

dere zu Beginn und am Ende der Amtszeit geringere Verluste auf als der Durchschnitt aller Parteien in Koalitionsregierungen.

Die Abbildung bestätigt zunächst zentrale Erwartungen der Literatur. In Übereinstimmung mit dem klassischen *cost of ruling*-Befund liegen die Regierungsparteien im Durchschnitt bereits früh in der Legislaturperiode unter ihrem Wahlergebnis, und dieser Abstand vergrößert sich im weiteren Verlauf der Amtszeit. Andeutungsweise zeigt sich zudem ein zyklisches Muster: Bei Einparteienregierungen ist ab etwa dem 35. Amtsmonat eine leichte – wenn auch schwankende – Erholung der Unterstützung erkennbar, während sich bei Koalitionsregierungen ein ähnlicher Verlauf etwas früher, jedoch vor allem für die Partei des Regierungschefs (die dünne gestrichelte Linie) abzeichnet. Allerdings verbleiben zu diesem Zeitpunkt nur noch jene Regierungen im Sample, die mehr als 35 Monate im Amt sind. Diese dürften im Durchschnitt populärer sein als frühzeitig abgelöste Kabinette, was die beobachtete Erholung teilweise verzerren könnte (Walther und Hellström 2019: 597).[10]

Gleichzeitig weist die Abbildung auf einige unerwartete Befunde hin. Insbesondere zeigt sich keine ausgeprägte Honeymoon-Phase zu Beginn der Amtszeit, in der Regierungen für einige Monate von einem Vertrauensvorschuss und einem Bandwagon-Effekt profitieren und *erhöhte* Umfragewerte verzeichnen würden (Hix und Marsh 2007; Müller und Louwerse 2020; Steiner 2025). Dafür gibt es mehrere mögliche Gründe. Erstens zählt ParlGov ein neues Kabinett nicht nur nach jeder Wahl, sondern auch nach jeder Veränderung der Parteienkonstellation der Regierung oder einem Wechsel des Regierungschefs, sodass sich viele Kabinette im Datensatz befinden, die nicht unmittelbar nach einer Wahl starten.[11] Zweitens beginnen Koalitionsregierungen häufig erst mit deutlicher Verzögerung nach der Wahl ihre Amtszeit; in dieser Zwischenphase können sich die Umfragewerte bereits spürbar verändern. Beide Faktoren tragen dazu bei, dass eine anfängliche Popularität der Regierung in den aggregierten Daten kaum sichtbar wird.

Zu berücksichtigen ist zudem die unterschiedliche Umfrageaktivität in den Ländern. Staaten wie Deutschland weisen eine deutlich höhere Frequenz an Wahlumfragen auf (vgl. Tabelle 1), was die Zahl der Beobachtungen pro Amtsmonat beeinflusst. Länder mit intensiverer Umfragetätigkeit fließen stärker in die Durchschnittsverläufe ein. Die in Abbildung 3 dargestellten Muster sind daher als gewichtete Durchschnittsverläufe zu interpretieren, die die heterogene Umfragedichte der Länder widerspiegeln und zeigen, wie sich Regierungsparteien im Durchschnitt *über alle verfügbaren Umfragen hinweg* entwickeln. Um die Dominanz umfrageintensiver Länder abzumildern, zeigen wir im Anhang zusätzlich Durchschnittsverläufe, die auf einer Aggregation nach Umfragemonaten basieren (Abbildung A.6). Diese Reanalyse reproduziert die in Abbildung 3 sichtbaren Muster im Wesentlichen, mit etwas geglätteten Linien, die insbesondere die leichte Erholung der Werte von Einparteienregierungen in der späten Amtszeit deutlicher sichtbar machen.

Während die bisherigen Darstellungen auf aggregierten Durchschnittswerten beruhen und die übergreifenden Muster der Popularitätsentwicklung von Regierungsparteien im Verlauf ihrer Amtszeit deskriptiv

10 Auffällig ist zudem der deutliche Einbruch der Durchschnittswerte im 47. Amtsmonat, auf den starke Schwankungen bei insgesamt hohen Verlusten folgen (vgl. Abbildung A.2). Diese Instabilität ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, dass in diesen späten Amtsmonaten nur noch sehr wenige Kabinette im Datensatz verbleiben. Inhaltlich entspricht jedoch auch dieser Befund der Literatur, wonach die wenigen Regierungen, die länger als vier Jahre im Amt bleiben, bei der folgenden Wahl häufig besonders starke Einbußen verzeichnen (Nannestad und Paldam 2002).

11 Beschränkt man die Beobachtungen auf jene Kabinette, die als erste nach einer Wahl gebildet wurden – schließt also Umbildungskabinette aus –, zeigen sich für Koalitionsregierungen in den ersten Monaten tatsächlich geringere Verluste, während Einparteienregierungen im Durchschnitt sogar oberhalb ihres Wahlergebnisses liegen (vgl. Abbildung A.4 im Anhang). Ein vergleichbares Muster ergibt sich, wenn statt der Amtszeit der Kabinette die tatsächliche Dauer der Regierungsbeteiligung der einzelnen Parteien betrachtet wird: Auch hier fallen die frühen Popularitätsverluste geringer aus, und Einparteienregierungen liegen in den ersten Monaten über ihrem Wahlergebnis (vgl. Abbildung A.5 im Anhang).

veranschaulichen, zeigen wir im Folgenden die Ergebnisse mehrerer Mehrebenen-Regressionen. Diese Modelle erlauben es, den zeitlichen Verlauf ohne Aggregationsschritte, unter Kontrolle weiterer Einflussfaktoren und unter Berücksichtigung der hierarchischen Struktur der Daten zu schätzen. Unsere Analyse orientiert sich an Müller und Louwerse (2020) und nutzt den Wahlzyklus – also den Anteil der verstrichenen Zeit zwischen Amtsantritt und nächstem regulären Wahltermin – als kontinuierliche Zeitvariable.

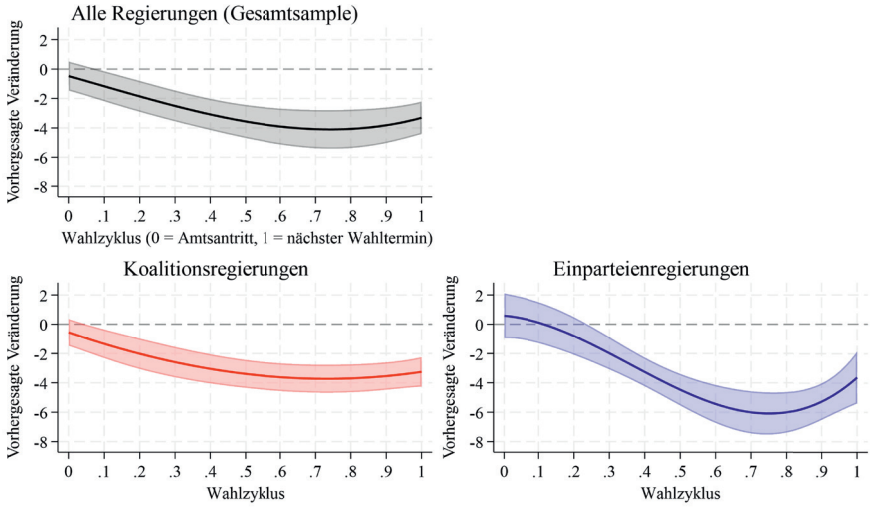


Abbildung 4: Vorhergesagte Veränderung der Unterstützung von Regierungsparteien über den Wahlzyklus

Anmerkungen: Vorhergesagte Werte (mit 95-%-Konfidenzintervallen) aus Mehrebenen-Regressionsmodellen mit robusten Standardfehlern und *Random Intercepts* für Länder, Wahlzyklen und Parteien. Unabhängige Variablen: *Wahlzyklus, Wahlzyklus², Wahlzyklus³, Stimmanteil bei der vorangegangenen Wahl* und *Wahljahr*. Im gemeinsamen Modell (obere Abbildung) ist zusätzlich der *Regierungstyp* enthalten. Die beiden unteren Panels basieren auf separaten Modellen, welche die Veränderung der Unterstützung für Koalitionsregierungen (links) bzw. Einparteienregierungen (rechts) getrennt schätzen.

Abbildung 4 zeigt im oberen Panel die für das Gesamtsample vorhergesagten Werte der Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien. Die Kurve folgt über weite Teile der Legislaturperiode einem negativen Trend und weist gegen deren Ende eine leichte Erholung auf. Die nichtlineare Form des Effekts entspricht eng der im Anhang gezeigten LOESS-Schätzung, welche die Rohdaten ohne starre Modellannahmen glättet (vgl. Abbildung A.7, linkes Panel). Die Übereinstimmung beider Darstellungen belegt, dass die beobachteten Muster nicht durch die Modellierung erzeugt werden.

Um zu prüfen, ob sich der Verlauf zwischen verschiedenen Regierungstypen unterscheidet, schätzen wir im nächsten Schritt separate Modelle für Einparteien- und Koalitionsregierungen. Abbildung 4 zeigt im unteren Panel die entsprechenden vorhergesagten Veränderungen der Unterstützung.[12] Beide Kurven folgen dem im Gesamtsample beobachteten größtenteils negativen Trend, der gegen Ende des Wahlzyklus gebrochen wird. Dass sich insbesondere Einparteienregierungen im letzten Drittel der

12 Im Anhang zeigen wir zusätzlich die Ergebnisse eines gemeinsamen Modells, das den Zykluseffekt mit dem Regierungstyp interagiert (Abbildung A.8). Die Form der Kurven passt im Wesentlichen zu den LOESS-Schätzungen (vgl. Abbildung A.7) und den deskriptiven Mustern (Abbildung 3), die für Einparteienregierungen geschätzten Veränderungen fallen im Vergleich jedoch überraschend positiv aus. Hierbei dürfte es sich um ein Modellierungsartefakt handeln, das daraus resultiert, dass das moderierte Modell mit einem polynomialen Wahlzyklus dritten Grades (x, x^2, x^3) und Interaktionen eine sehr flexible Kurve erzwingt, die auf einer – gemessen an der Komplexität des Modells – geringen Fallzahl basiert. Da die getrennten Modelle den nichtparametrischen LOESS-Schätzungen stärker ähneln, berichten wir sie im Haupttext bevorzugt.

Legislaturperiode etwas von ihren zuvor stärkeren Verlusten erholen, wird ebenfalls durch die nach Regierungstyp getrennten LOESS-Schätzungen im Anhang gestützt (vgl. Abbildung A.7, rechtes Panel).

Zusammengefasst replizieren die modellbasierten Kurven und LOESS-Schätzungen die zuvor gezeigten deskriptiven Muster und belegen, dass die zentralen Dynamiken der Popularitätsentwicklung unabhängig von Aggregationsschritten und Modellannahmen bestehen. Insgesamt bestätigen die in diesem Abschnitt auf Basis des PolPoll-Datensatzes durchgeführten deskriptiven und regressionsanalytischen Untersuchungen die klassischen *cost of ruling*-Befunde einer im Verlauf der Amtszeit beziehungsweise Legislaturperiode sinkenden Unterstützung von Regierungsparteien. Gleichzeitig stützt unsere (Re-)Analyse auch die Ergebnisse von Müller und Louwerse (2020), wonach insbesondere Einparteienregierungen ihre vorherigen Verluste teilweise wieder wettmachen können, wenn die nächste Wahl näher rückt.

Die Befunde unterstreichen damit, dass PolPoll die bekannten Dynamiken der Regierungsunterstützung konsistent reproduziert und eine belastbare Grundlage für weiterführende vergleichende Analysen bietet.

3. Ausblick

In der Gemengelage von Marktforschung und Wahlforschung, *capitalism & democracy*, entstand historisch das moderne Instrument der Umfrage. Mit ihr lässt sich die Zustimmung zu Produkten und Politike(r)n messen. Damit war auch ein Versprechen auf einen Blick in die Zukunft verbunden: man würde durch Umfragen ermitteln können, welche Produkte und Politiken Konsumenten und Bürger auswählen werden. Die sogenannte Sonntagsfrage ist in diesem Zuge zum zentralen Selbstbeobachtungsindikator der repräsentativen Demokratie geworden. Sie substituiert die öffentliche Debatte darüber, wie sich eine politische Gemeinschaft selbst regieren möchte, mit der Addition von Meinungen zu dieser Frage, ausgedrückt als Zustimmung zu oder Ablehnung von Parteien (oder Personen). An der unverrückbaren Evidenz der Daten scheitert ein Diskurs, der das aus dieser Messung resultierende Bild von Zustimmung und Ablehnung selbst noch einmal zum Gegenstand des Prozesses einer kollektiven politischen Selbstvergewisserung machen möchte.

Will man verstehen, wie sich diese Transformation von Popularität vollzogen und verselbstständigt hat und welche Konsequenzen dieser ‚Wandel der Öffentlichkeit' für Gegenwartsgesellschaften mit sich bringt, können die mit dem Umfrageinstrument selbst erhobenen Daten hierzu einige Auskunft geben. Voraussetzung einer solchen Befragung der Daten ist eine möglichst zeitlich und räumlich umfassende empirische Basis. Der PolPoll-Datensatz bietet genau eine solche.

Danksagung
Wir danken Simon Krechel für die exzellente Unterstützung bei der Erstellung des Datensatzes und Jörgen Schäfer für seine hilfreichen Kommentare zu diesem Paper.

Literatur

AAPOR Ad hoc Committee on 2016 Election Polling (2017): *An evaluation of 2016 election polls in the United States. Report of the American Association for Public Opinion Research*. URL: https://aapor.org/wp-content/uploads/2022/11/AAPOR-2016-Election-Polling-Report.pdf.

Berning, Carl C. und Conrad Ziller (2020): „Green versus radical right as the new political divide? The European Parliament election 2019 in Germany", in: *Journal of Common Market Studies* 58, S. 43–56.

Carlin, Ryan E. et al. (2023): „The Executive Approval Database. Conceptual and empirical bases", in: Timothy Hellwig und Matthew M. Singer (Hg.): *Economics and politics revisited. Executive approval and the new calculus of support*. Oxford, S. 155–180.

Chiaramonte, Alessandro und Vincenzo Emanuele (2017): „Party system volatility, regeneration and de-institutionalization in Western Europe (1945–2015)", in: *Party Politics* 23 (4), S. 376–388.

Cuzán, Alfred G. (2022): „The first two laws of politics. Nannestad and Paldam's ‚Cost of Ruling' revisited", in: *Acta Politica* 57 (2), S. 420–430.

De Grauwe, Chloé und Ruth Dassonneville (2025): „Economic voting", in: Daniel Stockemer, Stephen W. Sawyer und Audrey Gagnon (Hg.): *IPSA Companion to Political Science*. Cham. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-032-06918-4_168-1.

Döring, Holger und Philip Manow (2024): *Parliaments and governments database (ParlGov): Information on parties, elections and cabinets in established democracies*. URL: https://www.parlgov.org.

Döring, Holger und Sven Regel (2019): „Party facts. A database of political parties worldwide", in: *Party Politics* 25 (2), S. 97–109.

Döring, Jörg, Niels Werber, Veronika Albrecht-Birkner, Carolin Gerlitz, Thomas Hecken, Johannes Paßmann, Jörgen Schäfer, Cornelius Schubert, Daniel Stein und Jochen Venus (2021): „Was bei vielen Beachtung findet. Zu den Transformationen des Populären", in: *Kulturwissenschaftliche Zeitschrift* 6 (2), S. 1–24. DOI: https://doi.org/10.25969/mediarep/18843.

Fourcade, Marion (2022): *Zählen, benennen, ordnen. Eine Soziologie des Unterscheidens*. Hamburg.

Gabriel, Oscar W. und Bernhard Kornelius (2011): „Die baden-württembergische Landtagswahl vom 27. März 2011. Zäsur und Zeitenwende?", in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42 (4), S. 784–804.

Gerling, Lena und Kim L. Kellermann (2022): „Contagious populists. The impact of election information shocks on populist party preferences in Germany", in: *European Journal of Political Economy* 72, 102098.

Giuliani, Marco und Sergio A. Massari (2019): „The economic vote at the party level. Electoral behaviour during the Great Recession", in: *Party Politics* 25 (3), S. 461–473.

Goldberg, Andreas C. (2020): „The evolution of cleavage voting in four Western countries. Structural, behavioural or political dealignment?“, in: *European Journal of Political Research* 59 (1), S. 68–90.

Hellwig, Timothy und Matthew M. Singer (Hg.) (2023): *Economics and politics revisited. Executive approval and the new calculus of support*. Oxford.

Hillen, Sven und Jessica Kuhlmann (2026): „Blocking the Radical Right: Evidence from Strategic Candidate Voting Against the AfD in Germany's 2025 Federal Election“, in: *Politische Vierteljahresschrift* 67, S. 619–644.

Hix, Simon und Michael Marsh (2011): „Second-order effects plus pan-European political swings. An analysis of European Parliament elections across time“, in: *Electoral Studies* 30 (1), S. 4–15.

Hix, Simon und Michael Marsh (2007): „Punishment or protest? Understanding European Parliament elections“, in: *The Journal of Politics* 69 (2), S. 495–510.

Hoffmann, Hanna und Markus Klein (2013): „Wirkungen von veröffentlichten Wahlumfragen auf die Koalitionserwartung, die Wahlbeteiligung und die Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 2009. Eine Mehrebenenanalyse auf der Grundlage der Rolling Cross-Section-Befragung der German Longitudinal Election Study (GLES)“, in: Thorsten Faas et al. (Hg.): *Koalitionen, Kandidaten, Kommunikation. Analysen zur Bundestagswahl 2009*. Wiesbaden, S. 221–246.

Igo, Sarah E. (2007): *The averaged American. Surveys, citizens, and the making of a mass public*. Cambridge, MA.

Igo, Sarah E. (2006): „‚A gold mine and a tool for democracy'. George Gallup, Elmo Roper, and the business of scientific polling, 1935–1955“, in: *Journal of the History of the Behavioral Sciences* 42 (2), S. 109–134.

Jackson, Natalie (2018): „The rise of poll aggregation and election forecasting“, in: Lonna R. Atkeson und R. Michael Alvarez (Hg.): *The Oxford Handbook of Polling and Survey Methods*. Oxford, S. 504–513.

Jennings, Will und Christopher Wlezien (2018): „Election polling errors across time and space“, in: *Nature Human Behaviour* 2 (4), S. 276–283.

Jennings, Will und Christopher Wlezien (2016): „The timeline of elections. A comparative perspective“, in: *American Journal of Political Science* 60 (1), S. 219–233.

Kayser, Mark A., Matthias Orlowski und Jochen Rehmert (2023): „Coalition inclusion probabilities. A party-strategic measure for predicting policy and politics“, in: *Political Science Research and Methods* 11 (2), S. 328–346.

Keller, Felix (2001): *Archäologie der Meinungsforschung*. Konstanz.

Krause, Werner und Christina Gahn (2026, i. E.): „Self-fulfilling prophecies at the voting booth. Evidence from polling effects around electoral thresholds“, in: *Journal of Politics*.

Krause, Werner und Christina Gahn (2023): „Die Macht der Sonntagsfrage. Sollten wir über ihre Regulierung nachdenken?“, in: *Verfassungsblog*, 21.12.2023. URL: https://verfassungsblog.de/die-macht-der-sonntagsfrage/.

Lepore, Jill (2015): „Politics and the new machine. What the turn from polls to data science means for democracy“, in: *The New Yorker*. https://www.newyorker.com/magazine/2015/11/16/politics-and-the-new-machine.

Manow, Philip (2023): „Wie die Demokratie sich per Demoskopie selbst beobachtet“. *Working Paper SFB 1472,* no. 8. DOI: https://doi.org/10.25819/ubsi/10412.

Manow, Philip, Sven Hillen, Alexandra Quaas und Holger Döring (2026): *Parliaments and governments database (ParlGov): Information on parties, elections and cabinets in es-tablished democracies.* URL: https://doi.org/10.7910/DVN/CZFMNF, Harvard Dataverse.

Martínez-Gallardo, Cecilia et al. (2025): „Executive approval dynamics in presidential and parliamentary democratic regimes“, in: *Comparative Political Studies* 58 (3), S. 526–561.

Mau, Steffen (2017): *Das metrische Wir. Über die Quantifizierung des Sozialen*. Berlin.

Mongrain, Philippe, Richard Nadeau und Bruno Jérôme (2021): „Playing the synthesizer with Canadian data. Adding polls to a structural forecasting model“, in: *International Journal of Forecasting* 37 (1), S. 289–301.

Müller, Jochen (2018): „German regional elections. Patterns of second-order voting“, in: *Regional & Federal Studies* 28 (3), S. 301–324.

Müller, Stefan und Tom Louwerse (2020): „The electoral cycle effect in parliamentary democracies“, in: *Political Science Research and Methods* 8 (4), S. 795–802.

Nannestad, Peter und Martin Paldam (2002): „The cost of ruling. A foundation stone for two theories“, in: Han Dorussen und Michael Taylor (Hg.): *Economic voting*. London, S. 17–44.

Naurin, Elin, Stuart Soroka und Niels Markwat (2019): „Asymmetric accountability. An experimental investigation of biases in evaluations of governments’ election pledges“, in: *Comparative Political Studies* 52 (13–14), S. 2207–2234.

Paldam, Marting und Peter Skott (1995): „A rational-voter explanation of the cost of ruling“, in: *Public Choice* 83 (1), S. 159–172.

Prosser, Christopher und Jonathan Mellon (2018): „The twilight of the polls? A review of trends in polling accuracy and the causes of polling misses“, in: *Government and Opposition* 53 (4), S. 757–790.

Reif, Karlheinz und Hermann Schmitt (1980): „Nine second-order national elections. A conceptual framework for the analysis of European election results“, in: *European Journal of Political Research* 8 (1), S. 3–44.

Schmitt-Beck, Rüdiger (2015): „Bandwagon effect“, in: *The International Encyclopedia of Political Communication*, S. 1–5. DOI: https://doi.org/10.1002/9781118541555.wbiepc015.

Sipma, Take und Carl C. Berning (2021): „Economic conditions and populist radical right voting. The role of issue salience“, in: *Electoral Studies 74*, 102416. DOI: https://doi.org/10.1016/j.electstud.2021.102416.

Srinivasan, Rajesh (2021): „What Gallup is learning about polling the world in a pandemic“, in: *Gallup Blog*. URL: https://news.gallup.com/opinion/gallup/328745/gallup-learning-polling-world-pandemic.aspx (Zugriff: 23.03.2026).

Steiner, Nils D. (2025): „The 2024 European Parliament election. Another second-order national election?“, in: *European Union Politics* 26 (4), S. 783–789.

Stevenson, Randolph. T. (2002): „The cost of ruling, cabinet duration, and the ‚median-gap‘ model“, in: *Public Choice* 113 (1), S. 157–178.

Tyler, Matthew et al. (2026): „Why are surveys struggling to estimate vote shares?“, in: *American Journal of Political Science*, online first. DOI: https://doi.org/10.1111/ajps.70051.

van der Meer, Tom W. G., Lisa Janssen und Tom Louwerse (2023): „The predictive value of polls in a fragmented multi-party system. The Netherlands (1998–2021)“, in: *Acta Politica* 58 (2), S. 461–482.

van Laenen, Filip (2026): *ASAPOP. Aggregation and Statistical Analysis of Political Opinion Polls*. URL: https://github.com/filipvanlaenen/asapop.

Walther, Daniel und Johan Hellström (2019): „The verdict in the polls. How government stability is affected by popular support“, in: *West European Politics* 42 (3), S. 593–617.

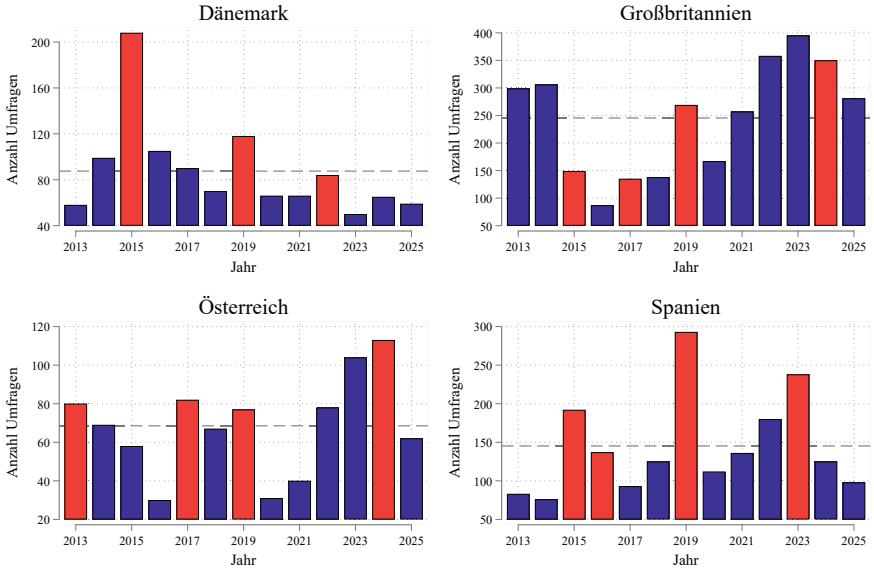
Werber, Niels und Jörg Döring (2024): *Transformationen des Populären. Zur Verteilung von Beachtung*. Manuskript.

Williams, Laron K., Mary Stegmaier und Marc Debus (2017): „Relaxing the constant economic vote restriction. Economic evaluations and party support in Germany“, in: *Party Politics* 23 (3), S. 286–296.

Wlezien, Christopher (2017): „Policy (mis)representation and the cost of ruling. US presidential elections in comparative perspective“, in: *Comparative Political Studies* 50 (6), S. 711–738.

Anhang

Abbildung A.1: Anzahl der in ausgewählten Ländern durchgeführten Umfragen pro Jahr (2013–2025)



Anmerkungen: Rote Balken zeigen Wahljahre an; in Spanien haben im Jahr 2019 gleich zweimal Parlamentswahlen stattgefunden (April und November); aufgrund der zwischen den Ländern stark variierenden Anzahl an Umfragen (von max. 113 in Österreich bis 395 in Großbritannien) sind die y-Achsen unterschiedlich skaliert.

Abbildung A.1 zeigt, dass die Umfrageaktivität in den vier abgebildeten Ländern – die ohnehin zu denjenigen Ländern zählen, in welchen viele Umfragen durchgeführt werden – in Wahljahren (gekennzeichnet durch rote Balken) besonders hoch war: Fast immer ist sie höher als im vorangegangenen Jahr ohne Parlamentswahl (blaue Balken) und kaum ein Jahr ohne Parlamentswahl erreicht so hohe Zahlen wie die Wahljahre. Einzig in Großbritannien scheint diese Erklärung weniger passend zu sein. Trotzdem deutet auch bei näherer Betrachtung nichts darauf hin, dass die dortigen Schwankungen in der Umfrageaktivität mit den wechselnden Quellen unserer Daten zu tun hätten: Seit Januar 2018 stammen unsere Daten zu Großbritannien alle von Asapop (vgl. Abschnitt 2.2, Datenquellen und Erweiterungen). Auch von 2014 auf 2015 wechselt unsere Quelle nicht; in beiden Jahren stammen die Daten von Jennings und Wlezien (2016, 2018).

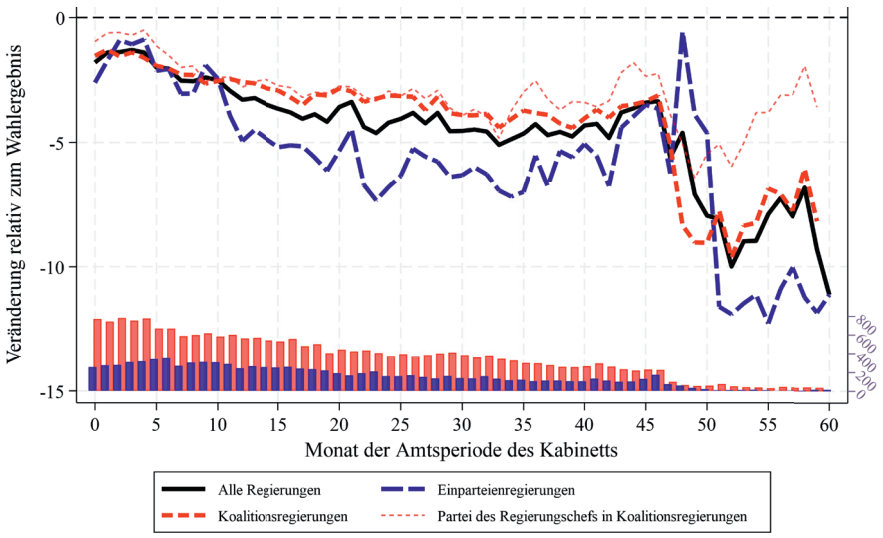
Tabelle A.1: Quellen für ergänzende Umfragedaten nicht enthalten in Jennings/Wlezien, Kayser/Rehmert oder Asapop

Bulgarien	https://en.wikipedia.org/wiki/2017_Bulgarian_parliamentary_election#Opinion_polls und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen Umfragedaten von verschiedenen Webseiten extrahiert: Mediapol.bg, vesti.bg, shum.bg, pariteni.bg, dnes.bg, news.bg, frognews.bg, alpharesearch.bg, btvnovinite.bg, money.bg, dariknews.bg, investor.bg, marica.bg, gramophon.com, library.fes.de, novini.bg, nova.bg, offnews.bg, actualno.com, bgdnes.bg
Dänemark	https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_2019_Danish_general_election und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen
Estland	https://en.wikipedia.org/wiki/2003_Estonian_parliamentary_election#Opinion_polls Umfrageinstitut Emor: https://emor.ee/
Griechenland	https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_September_2015_Greek_parliamentary_election und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen
Großbritannien	https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_2019_United_Kingdom_general_election#2017
Kroatien	https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_2020_Croatian_parliamentary_election# und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen Umfrageinstitut Ipsos: https://www.ipsos.com/en-hr
Lettland	https://en.wikipedia.org/wiki/2018_Latvian_parliamentary_election#
Litauen	https://en.wikipedia.org/wiki/2020_Lithuanian_parliamentary_election# und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen https://commons.wikimedia.org/wiki/Data:Opinion_polling_for_the_2004_Lithuanian_parliamentary_election.tab und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen Github: https://github.com/bucaneer/lt-reitingai/blob/main/polls.csv
Malta	https://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_2017_Maltese_general_election
Rumänien	https://en.wikipedia.org/wiki/2016_Romanian_parliamentary_election# und entsprechende Seiten vorangegangener Wahlen
Slowakei	Umfrageinstitut Focus-Research: https://www.focus-research.sk/

Tabelle A.2: Länderabdeckung, Umfrageumfang und erfasste Kabinette im integrierten Datensatz (PolPoll + ParlGov)

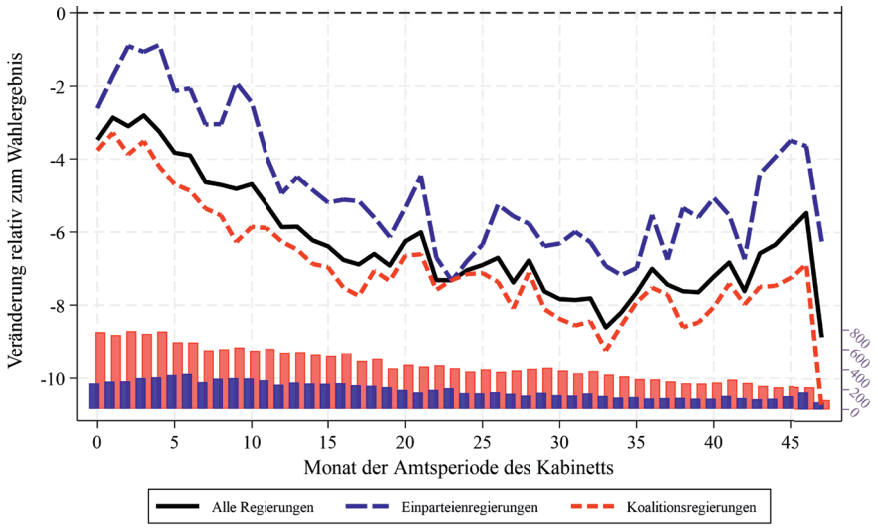
Land	Anzahl der Umfragen	Abgedeckte Kabinette
Dänemark	1.602	34
Deutschland	5.635	26
Estland	685	15
Finnland	530	18
Frankreich	204	5
Großbritannien	5.765	32
Griechenland	1.255	12
Irland	855	23
Italien	2.850	14
Lettland	169	6
Malta	162	5
Niederlande	2.925	31
Norwegen	2.216	30
Österreich	1.129	17
Portugal	951	16
Schweden	1.994	25
Schweiz	87	7
Spanien	2.455	18
Ungarn	755	10
Gesamt: 19 Länder	**32.224 Umfragen**	**344 Kabinette**

Abbildung A.2: Durchschnittliche Veränderung der Zustimmung zu den Regierungsparteien nach Monaten der Amtszeit



Anmerkungen: Die Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien wird für jede Umfrage als Mittelwert der parteispezifischen Veränderungen relativ zur letzten Wahl berechnet. Jede Beobachtung entspricht somit dem durchschnittlichen Verlust/Gewinn der Regierungsparteien eines Kabinetts in einer bestimmten Umfrage. Die Werte sind nach Amtsmonaten aggregiert. Das hinterlegte Balkendiagramm zeigt auf der rechten y-Achse die Anzahl der berücksichtigten Kabinett-Umfrage-Beobachtungen, getrennt nach Koalitionsregierungen (rot) und Einparteienregierungen (blau).

Abbildung A.3: Durchschnittlicher Gesamtverlust der Regierungsparteien nach Monaten der Amtszeit (addierte Verluste in Koalitionsregierungen)

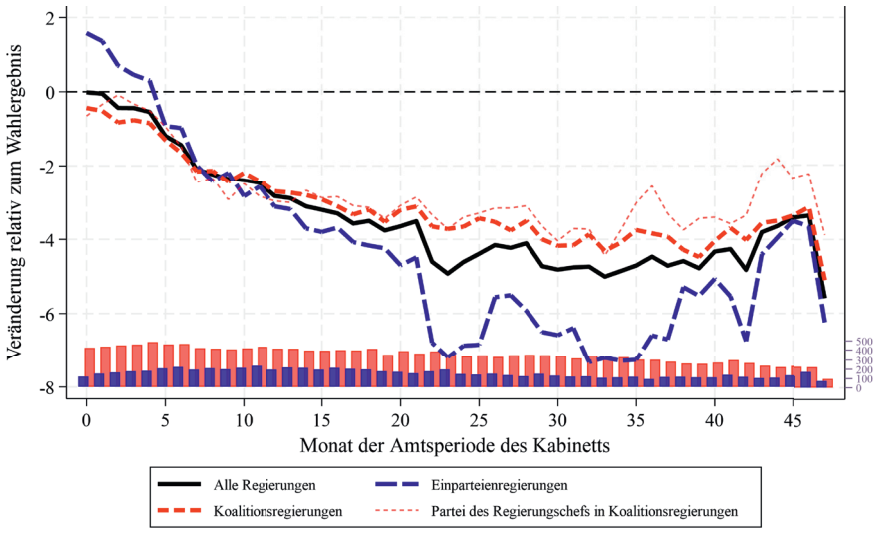


Anmerkungen: Die Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien wird für jede Umfrage als Summe der parteispezifischen Veränderungen relativ zur letzten Wahl berechnet. Jede Beobachtung entspricht somit dem Gesamtverlust der Regierungsparteien eines Kabinetts in einer bestimmten Umfrage. Die Werte sind nach Amtsmonaten aggregiert. Das hinterlegte Balkendiagramm zeigt auf der rechten y-Achse die Anzahl der berücksichtigten Kabinett-Umfrage-Beobachtungen, getrennt nach Koalitionsregierungen (rot) und Einparteienregierungen (blau). Beobachtungen jenseits des 47. Amtsmonats sind aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt.

Abbildung A.3 zeigt die Entwicklung der summierten Verluste der Regierungsparteien über die Amtszeit hinweg. Im Unterschied zu Abbildung 3 des Haupttexts, in der die durchschnittliche Veränderung der Regierungsparteien dargestellt wird, bildet diese alternative Darstellung den Gesamtverlust von Koalitionen ab. Dadurch rutscht die Linie für Koalitionsregierungen nun unter diejenige für Einparteienregierungen. Das ist zum einen eine mathematische Folge der Aggregation: Die summierten Verluste mehrerer Parteien fallen zwangsläufig stärker aus als deren durchschnittliche Verluste. Zum anderen verweist der Befund auch inhaltlich darauf, dass Koalitionen als Ganzes tendenziell mehr Unterstützung einbüßen als Einparteienregierungen.

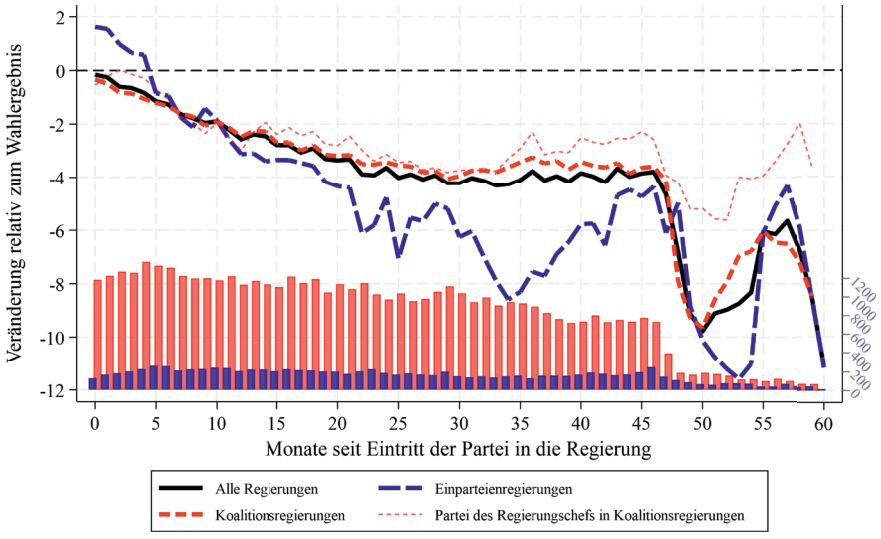
Einerseits ist dies nicht überraschend, da in Einparteienregierungen weniger interne Konflikte auftreten und Kompromissbildungsprozesse weniger komplex sein sollten. Andererseits findet sich in der Literatur auch die Erwartung, dass der *cost of ruling*-Effekt für Koalitionen eher schwächer ausfallen sollte, weil es für Wählerinnen und Wähler schwieriger ist, die verantwortliche Partei eindeutig auszumachen (Wlezien 2017: 718–719). Abbildung A.3 zeigt jedoch, dass Koalitionen dennoch stärker an Unterstützung verlieren. Insgesamt bestätigt Abbildung A.3 die in Abbildung 3 sichtbaren Muster, zeigt jedoch deutlicher, wie stark Koalitionen über die Amtszeit hinweg an gemeinsamer Unterstützung verlieren.

Abbildung A.4: Durchschnittliche Veränderung der Zustimmung zu den Regierungsparteien nach Monaten der Amtszeit (nur erste Wahlkabinette)



Anmerkungen: Die Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien wird für jede Umfrage als Mittelwert der parteispezifischen Veränderungen relativ zur letzten Wahl berechnet. Jede Beobachtung entspricht somit dem durchschnittlichen Verlust/Gewinn der Regierungsparteien eines Kabinetts in einer bestimmten Umfrage. Die Werte sind nach Amtsmonaten aggregiert. Das hinterlegte Balkendiagramm zeigt auf der rechten y-Achse die Anzahl der berücksichtigten Kabinett-Umfrage-Beobachtungen, getrennt nach Koalitionsregierungen (rot) und Einparteienregierungen (blau). Berücksichtigt wurden ausschließlich Kabinette, die als erste nach einer Wahl gebildet wurden. Beobachtungen jenseits des 47. Amtsmonats sind aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt.

Abbildung A.5: Durchschnittliche Veränderung der Unterstützung von Regierungsparteien nach Monaten ihrer Regierungsbeteiligung.



Anmerkungen: Die Abbildung zeigt, wie sich die durchschnittliche Unterstützung von Regierungsparteien im Verlauf ihrer Regierungszeit verändert. Die abhängige Variable ist die Differenz zwischen dem Umfragewert und dem Wahlergebnis der

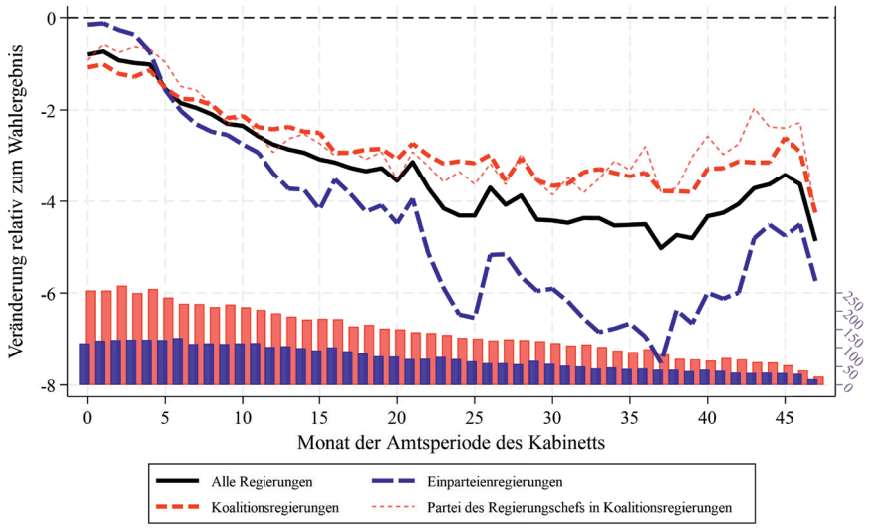
Wahl, die das jeweils amtierende Kabinett ins Amt gebracht hat. Die x-Achse misst die *parteispezifische* Regierungsdauer in Monaten: Sie beginnt mit dem Eintritt der Partei in die Regierung und wird nach jeder Wahl zurückgesetzt, auch wenn die Partei durchgehend weiterregiert. Damit bildet die Zeitachse die tatsächliche Exposition der Parteien gegenüber Regierungsverantwortung ab, unabhängig von Kabinettsumbildungen. Die Linien zeigen Durchschnittswerte für alle Regierungsparteien, Einparteienregierungen, Koalitionsparteien sowie die Partei des Regierungschefs in Koalitionen. Die Balken auf der zweiten y-Achse geben an, wie viele Parteien in dem jeweiligen Regierungsmonat beobachtet werden.

Abbildung A.5 ergänzt die kabinettszentrierte Darstellung in Abbildung 3 um eine parteizentrierte Perspektive auf die Regierungsdauer. Während Abbildung 3 die Entwicklung der Unterstützung entlang der Amtszeit der Kabinette zeigt, bildet Abbildung A.5 die tatsächliche Dauer der Regierungsbeteiligung *der einzelnen Parteien* ab. Die Zeitachse beginnt mit dem Eintritt einer Partei in die Regierung und wird nach jeder Wahl zurückgesetzt, da das Wahlergebnis den Referenzpunkt der abhängigen Variable bildet und einen neuen politischen Mandatszyklus markiert. Kabinettsumbildungen führen dagegen nicht zu einem Reset, da die Parteien in diesen Fällen ihre Regierungsverantwortung fortsetzen.

Diese parteizentrierte Perspektive ist insbesondere deshalb aufschlussreich, weil sie den Effekt von Umbildungskabinetten eliminiert. In Abbildung 3 fallen viele Kabinette bereits im ersten Amtsmonat unter ihr Wahlergebnis, weil „Monat 0“ häufig Kabinette umfasst, deren Parteien schon länger regieren. Betrachtet man stattdessen die tatsächliche Regierungsdauer der Parteien, fallen die frühen Verluste geringer aus. Für Einparteienregierungen liegen die durchschnittlichen Werte in den ersten Monaten sogar über dem Wahlergebnis, während Koalitionsparteien zunächst nur geringe Verluste aufweisen. Im weiteren Verlauf der Regierungszeit zeigen sich dann die aus Abbildung 3 bekannten Rückgänge der Unterstützung, die mit zunehmender Dauer der Regierungsbeteiligung ansteigen. Einparteienregierungen verlieren dabei im Durchschnitt stärker als Koalitionsparteien und weisen zudem einen ausgeprägteren zyklischen Verlauf auf, bei dem die Werte ab etwa dem 35. Regierungsmonat wieder ansteigen.

Gleichzeitig bleibt ein zweiter Mechanismus bestehen: Die Regierungsdauer der Parteien beginnt – wie die Kabinettsdauer – erst mit dem Kabinettsstart und nicht mit der Wahl. In vielen Fällen liegen zwischen Wahl und Regierungsbildung mehrere Wochen oder Monate, in denen sich die Umfragewerte bereits verändern können. Dieser Effekt trägt weiterhin dazu bei, dass eine ausgeprägte Honeymoon-Phase in den aggregierten Daten kaum sichtbar wird.

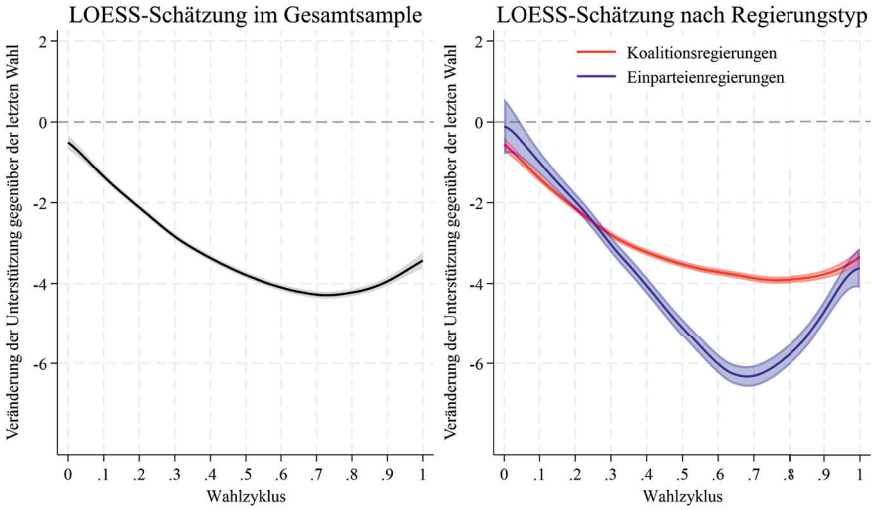
Abbildung A.6: Durchschnittliche Veränderung der Zustimmung zu den Regierungsparteien nach Monaten der Amtszeit (aggregiert auf Umfragemonate)



Anmerkungen: Die Veränderung der Unterstützung der Regierungsparteien wird für jede Umfrage als Mittelwert der parteispezifischen Veränderungen relativ zur letzten Wahl berechnet. Die Werte werden zunächst auf Ebene der Umfragemonate aggregiert, sodass jede Beobachtung dem durchschnittlichen Verlust/Gewinn der Regierungsparteien eines Kabinetts in einem bestimmten Umfragemonat entspricht, und anschließend nach Amtsmonaten gemittelt. Das hinterlegte Balkendiagramm zeigt auf der rechten y-Achse die Anzahl der berücksichtigten Kabinett-Monats-Beobachtungen, getrennt nach Koalitionsregierungen (rot) und Einparteienregierungen (blau). Beobachtungen jenseits des 47. Amtsmonats sind aufgrund geringer Fallzahlen nicht dargestellt.

Neben den bereits im Haupttext angedeuteten Mustern fällt in Abbildung A.6 vor allem auf, dass – anders als in Abbildung 3 – die Partei des Regierungschefs etwa zwischen dem 10. und dem 27. Amtsmonat etwas stärker gegenüber der vorangegangenen Wahl verliert als der Durchschnitt aller Koalitionsparteien. Dieses abweichende Muster ergibt sich aus der Aggregation auf Umfragemonate: Während in Abbildung 3 Länder mit vielen Umfragen stärker ins Gewicht fallen, trägt in Abbildung A.6 jedes Kabinett pro Monat nur eine Beobachtung bei. Da dadurch Länder mit geringerer Umfrageintensität ein höheres Gewicht erhalten, deutet die Verschiebung der Linien darauf hin, dass die Partei des Regierungschefs in diesen Ländern tendenziell etwas stärker verliert. Im späteren Verlauf ähneln sich die Muster beider Abbildungen wieder deutlicher; ab etwa dem 37. Amtsmonat schneidet die Partei des Regierungschefs auch in der Monatsaggregation wieder etwas besser ab als der Durchschnitt der Koalitionsparteien.

Abbildung A.7: LOESS-Schätzungen

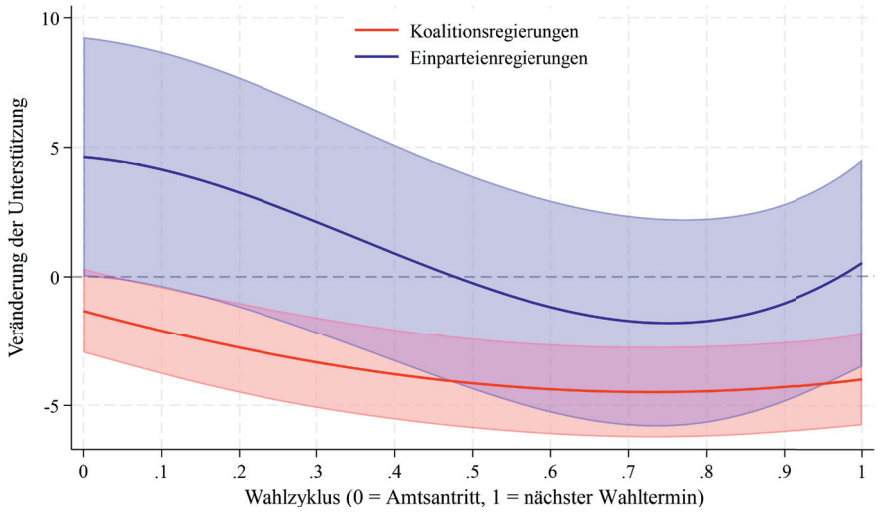


Anmerkungen: Die Abbildung zeigt die Ergebnisse bivariater lokal gewichteter Regressionen (LOESS), welche den Zusammenhang zwischen dem Wahlzyklus und der Veränderung der Unterstützung von Regierungsparteien abbilden. Der Wahlzyklus misst den Anteil der vergangenen Regierungszeit relativ zur Dauer der laufenden Legislaturperiode (0 = Amtsantritt, 1 = nächster regulärer Wahltermin). Die Linien zeigen den geglätteten Zusammenhang, die schattierten Flächen die 95-%-Konfidenzintervalle.

Zur Validierung der im Haupttext präsentierten Modellkurven zeigt Abbildung A.7 zusätzlich LOESS-Schätzungen des Zusammenhangs zwischen dem Wahlzyklus und der Veränderung der Unterstützung von Regierungsparteien. Die Glättung erfolgt modellfrei und dient dazu, die Form des Effekts direkt aus den Rohdaten abzuleiten. Die Kurve im Gesamtsample (links) entspricht eng dem im Haupttext berichteten modellbasierten Verlauf und weist ebenfalls einen überwiegend negativen Trend sowie eine leichte Erholung gegen Ende der Legislaturperiode auf.

Die nach Regierungstyp getrennten LOESS-Schätzungen (rechts) zeigen zudem, dass die Trends für Koalitions- und Einparteienregierungen über weite Teile des Wahlzyklus hinweg fallend verlaufen, sich jedoch in einzelnen Phasen unterscheiden. Einparteienregierungen liegen zu Beginn leicht über Koalitionsregierungen, fallen anschließend stärker ab und nähern sich gegen Ende des Wahlzyklus wieder an. Diese Dynamik entspricht ebenfalls den in Abbildung 4 gezeigten modellbasierten Kurven und bestätigt, dass die zentralen Muster nicht durch die Modellierung erzeugt werden, sondern bereits in den Daten angelegt sind.

Abbildung A.8: Vorhergesagte Veränderung der Unterstützung von Regierungsparteien über den Wahlzyklus



Anmerkungen: Vorhergesagte Werte (mit 95-%-Konfidenzintervallen) aus einem Mehrebenen-Regressionsmodell mit robusten Standardfehlern und *Random Intercepts* für Länder, Wahlzyklen und Parteien. Unabhängige Variablen: *Wahlzyklus, Wahlzyklus², Wahlzyklus³, Regierungstyp, Stimmanteil bei der vorangegangenen Wahl* und *Wahljahr.* Zusätzlich enthalten sind die Interaktionsterme *Wahlzyklus*Regierungstyp, Wahlzyklus²*Regierungstyp* und *Wahlzyklus³*Regierungstyp.*